

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 6. —

(No. 2079.) Genehmigungs-Urkunde der in dem Schlußprotokolle der Weserschiffahrts-Revisionskommission, d. d. Remdorf den 16. August 1839., enthaltenen ergänzenden Bestimmungen der Weserschiffahrts-Akte vom 10. September 1823. D. d. den 22. Oktober 1839.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Da in Folge des Artikels 54 der am 10. September 1823. zu Minden abgeschlossenen Weserschiffahrts-Akte von Zeit zu Zeit eine Kommission sich versammeln soll, um sich von der vollständigen Beobachtung jener Konvention zu überzeugen, einen Vereinigungspunkt zwischen den Uferstaaten zu bilden, um Abstellung von Beschwerden zu veranlassen, auch Veranstaltungen und Maaßregeln, welche nach neuerer Erfahrung Handel und Schifffahrt ferner erleichtern könnten, zu berathen, und nachdem abermals ein Zusammentritt der Revisionskommission Statt gefunden hat, Uns demnächst aber von Unserm Bevollmächtigten die nachfolgenden, mit den Bevollmächtigten der übrigen Weseruferstaaten verabredeten ergänzenden Bestimmungen der Weser-Schiffahrtsakte, welche wörtlich also lauten:

Artikel 1.

Zu §. 2. der Weserschiffahrts-Akte und zu Artikel 1. des Schlußprotokolls der Weserschiffahrts-Revisionskommission zu Bremen vom 21. Dezember 1823.

Das vorschriftsmäßige Niederlassen der Fährlinien, um den Schiffen bei der Auf- und Niederschiffahrt die sofortige ungehinderte Vorbeifahrt zu gestatten, muß ohne Zeitverlust vorgenommen werden, sobald die Schiffe in einer von der betreffenden Behörde nach Maaßgabe der Lokalität fest-

zusetzenden und durch Aufrichtung eines Pfahls am Ufer zu bezeichnenden Entfernung von der Fähre angelangt sind und ein ihnen vorzuschreibendes Signal gegeben haben.

Die desfallsige Verpflichtung der Inhaber der Fähranstalten ist nicht auf die Tagesstunden beschränkt, sondern sie sind gehalten, derselben zu jederzeit, mithin auch vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang unweigerlich nachzukommen.

Den Fährinhabern ist verboten, ihre Fahren da queer in dem Strome stehen zu lassen, wo Schiffe am Ufer vorüberfahren müssen.

Artikel 2.

ad §. 6. der Weserschiffahrts-Akte.

Dieser §. fällt für die Zukunft weg und ist statt desselben die nachstehende Bestimmung vereinbart worden:

„Die Zahl der Schiffe eines Eigenthümers ist nicht beschränkt, eben so wenig als die den Schiffen zu gebende Form und Einrichtung, unbeschadet der in den §§. 4 und 5. der Weserschiffahrts-Akte enthaltenen Bestimmungen.

Es ist verboten, an die Schiffe Balken zu hängen, um solche auf diese Weise zu transportiren.

Artikel 3.

ad §. 13. der Weserschiffahrts-Akte ist in der zu demselben gehörigen Tabelle, Anlage B. sub A. 3. statt der Worte: „Alles Preussische Kourant“, zu setzen: „Das im 21 Fl. Fuß ausgeprägte Kourant der Weser-Uferstaaten.“

Artikel 4.

ad Art. 5. der Weserschiffahrts-Ergänzungsakte vom 21. Dezember 1825.

Der Art. 5. der Weserschiffahrts-Ergänzungsakte vom 21. Dezember 1825. ist modificirt, wie folgt:

1) Auf die Hälfte des Weserzolls.

Allaun, Anis, Blech (Eisen-), Blut, Eier, Eisenwaaren in der Niederfuhr, Essig (inländischer) Farbholz, Fische (lebendige und grüne), Garten-
gewächse

gewächse (mit Ausnahme von Samereien, Bohnen und Kartoffeln), Harz, Kienruß, Kreide (ganze und gemahlene), Kummel, Leinsaat, Leinwand (inländische), Milch, Obst (trockenes), Pech, Salz (Küchen-, inländisches), Schmirgel, Stärke, Stuhlrohr, Theer, Trippel, Vitsbohnen, Zunder, Feuerschwamm.

2) Auf ein Viertel des Weserzolls.

Asche (Perl-, Waid-, Pott-), auch Aschenkalk, Blei, Bohnen (außer Vitsbohnen), Bomben, Borsten, Braunstein, Drath (eiserne), Eichenborke (ganze und gemahlene), Eisen (Stab- und Guß-), Gußwaaren (eiserne), Erbsen, Garn (leinenes), Getreide aller Art, Glas aller Art (inländisches), Glaspalle, Glätte, Graupen, Gries, Grütze, Hirse, Holzkohlen, Kanonen, Kisten und Kustagen (leere), Kugeln (eiserne), Linsen, Malz, Marmor (roher), Mehl, Mennige, Metallerden, Mörser (Bomben-), Muschelskalk, Obst (frisches), Pottloß, Rappsaat und alle Rübskörner, Schilf und Dachrohr, Seegras, Stahl, Wicken, Zink (gewalztes).

3) Auf ein Achtel des Weserzolls.

Asche (unausgelaugte), Bolus, Eisen (altes), Eisen (Roh- und Bruch-), Erze (rohe, einschließlich Bleierz), Gras, Heu, alles inländische (nordeuropäische) Bau- und zugeschnittenes Nutzholz, von welcher Gattung es auch seyn mag (blos mit Ausschluß der zu $\frac{1}{4}$ tarisirten Brenn-, Busch- und Gaschinen-Hölzer zc. zc., so wie der dem vollen Normalsatz unterliegenden ausländischen Holzgattungen für Tischler und der zu $\frac{1}{2}$ tarisirten Farbholz), Farbeerde, irdene Waare (ordinaire), Holzwaare (grobe), Kalk und Gyps, Kandieskisten-Bretter, Kartoffeln, Knicker, Ocker, Oelfuchen, Packmatten von Schilf und Bast, Pfeifen (irdene), Schmelztiegel, Soda, Stroh, Wachholderbeeren, Zink in Blöcken.

4) Auf ein Vierundzwanzigstheil des Weserzolls.

Asche (ausgelaugte), Austerschaalen und Muschelschaalen aller Art, Bäume zum Verpflanzen, Brenn-, Busch- und Gaschinenholz aller Art, einschließlich der Schlag- und Zaunpfähle, des Bandholzes für Böttgerarbeit und des Ruthenholzes für Korbmacherarbeit, so wie auch der Birkenbesen und Haidbesen, Cement, Dachschiefer, Flaschenkeller, Glasscherben, Kohlen (Braun- und Stein-), Mergel, Mist und Dünger, Sand nebst Brand, Kies und aller gemeinen Erde, auch Thon- und Pfeifenerde, Steine (sowohl gebrannte Ziegel- und Back-, als Mühl-, Schleif-, Sollinger, wie auch behauene oder unbehauene inländische Bruch- und Feldsteine aller Art), dergleichen aus gemeinem

inländischen Material gefertigte steinerne Tröge, Kümpe, Krippen, Leichensteine &c., Torf und Traß.

Artikel 5.

ad §. 18. der Weserschiffahrts-Akte.

Dieser §. ist gegenwärtig dahin vereinbart worden: „Lebendige vierfüßige Thiere und Vögel sind keiner Verzollung unterworfen; Bäume zum Verpflanzen werden nach dem Tariffsaße des Fashinenholzes verzollt.“

Artikel 6.

ad §. 50. der Weserschiffahrts-Akte.

Bei den Bestimmungen der Weserschiffahrts-Akte und den dieselben modifizirenden oder ergänzenden Bestimmungen des Revisions-Schluß-Protokolls vom 21. Dezember 1825. behält es sein alleiniges Bewenden, soweit dieselben durch gegenwärtiges Protokoll nicht ausdrücklich abgeändert worden.

Artikel 7.

ad §. 51. der Weserschiffahrts-Akte.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen, unter Vorbehalt der Ratifikation vereinbarten Protokolls sollen nach vorgängiger, binnen drei Monaten vom heutigen Tage an entgegen zu sehender, allseitiger Genehmigung mit dem 1. März 1840. in Vollzug gesetzt und zu dem Ende bis dahin in allen Weserufer-Staaten publizirt werden.

Artikel 8.

ad §. 54. der Weserschiffahrts-Akte.

Die nächste Revisionskommission wird sich am 1. August 1842. zu Karlshafen versammeln.

zu Bewirkung eines Beschlusses in Vorschlag gebracht worden sind, so wollen Wir, auf den Uns darüber gehaltenen Vortrag, die obgedachten Bestimmungen hierdurch genehmigen, auch Unsere Behörden und Unterthanen, so weit es diese angeht, anweisen, sich genau danach zu achten.

Zu mehrerer Bekräftigung dessen haben Wir gegenwärtige Genehmigungsurkunde, von welcher nur Ein Exemplar, Behufs der Niederlegung in das

das gemeinschaftliche Archiv der Weserufer-Staaten ausgefertigt worden ist, eigenhändig unterschrieben und mit Unserem größeren Staats-Siegel versehen lassen.

So geschehen zu Berlin, den 22. Oktober 1839.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Frh. v. Werther.

Diese Genehmigungsurkunde ist am 12. November v. J. in das zu Minden befindliche Archiv der Weserschiffahrts-Kommission niedergelegt worden.

Berlin, den 12. März 1840.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Frh. v. Werther.

(No. 2080). Allerhöchste Kabinetsorder vom 29. Februar 1840., den Tarif zur Erhebung des
Chausseegeldes auf den Staats-Chausseen betreffend.

Ich habe den mit Ihrem Berichte vom 14. d. M. eingereichten Chausseegeld-
Tarif genehmigt und sende Ihnen denselben anbei vollzogen zurück, indem Ich
nach Ihrem Antrage festsetze, daß dieser Tarif nebst den demselben angehängten
Vorschriften auf allen Staats-Chausseen fortan statt des Chausseegeld-Tarifs
vom 28. April 1828. und der demselben beigefügten Bestimmungen zur Anwen-
dung kommen soll. Auch für alle sonstigen öffentlichen chausseirten Wege, für
welche in Folge Meiner Order vom 31. August 1832. die mit dem Chaussee-
geld-Tarif vom 28. April 1828. publizirten Bestimmungen wegen der Chaussee-
Polizeivergehen Gültigkeit erlangt haben, sollen die dem Chausseegeld-Tarif vom
heutigen Tage unter 7. bis 23. angehängten Vorschriften an die Stelle jener
Bestimmungen treten. Sie haben diese Order nebst dem anliegenden Tarife
durch die Befehlssammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 29. Februar 1840.

Friedrich Wilhelm.

An den Staats- und Finanzminister, Grafen v. Alvensleben.

T a r i f

zur Erhebung des Chauffeegeldes für eine Meile von 2000 Preussischen Ruthen.

An Chauffeegeld wird entrichtet:

A. vom Fuhrwerk, einschließlich der Schlitten,

	Sgr.	Pf.
I. zum Fortschaffen von Personen, als Extraposten, Kutschen, Kaleschen, Kabriolets u. s. w., für jedes Zugthier	1	—
II. zum Fortschaffen von Lasten:		
1) von beladenem — d. h. von solchem, worauf sich, außer dessen Zubehör und außer dem Futter für höchstens drei Tage, an andern Gegenständen mehr, als zwei Centner, befinden, — für jedes Zugthier	1	—
2) von unbeladenem:		
a. Frachtwagen, für jedes Zugthier	—	8
b. gewöhnlichem Landfuhrwerk und Schlitten, für jedes Zugthier	—	4

B. von unangespannten Thieren:

I. von jedem Pferde, Maulthiere, oder Maulesel, mit oder ohne Reiter oder Last	—	4
II. von jedem Stück Rindvieh oder Esel	—	2
III. von je fünf Fohlen, Kälbern, Schaafen, Lämmern, Schweinen, Ziegen	—	2

Weniger, als fünf der vorstehend zu III. gedachten Thiere, sind frei.

B e f r e i u n g e n.

Chauffeegeld wird nicht erhoben:

- 1) von Pferden und Maulthieren, welche den Hoffhaltungen des Königlichen Hauses, oder den Königlichen Gestüten angehören;
- 2) von

- 2) von Armeefuhrwerken und von Fuhrwerken und Thieren, welche Militair auf dem Marsche bei sich führt; von Pferden, welche von Offizieren oder in deren Kategorie stehenden Militairbeamten im Dienst und in Dienst-Uniform geritten werden; imgleichen von den unangespannten etatsmäßigen Dienstpferden der Offiziere, wenn dieselben zu dienstlichen Zwecken die Offiziere begleiten, oder besonders geführt werden, jedoch im letztern Falle nur, sofern die Führer sich durch die von der Regierung ausgestellte Marschroute, oder durch die von der obern Militairbehörde ertheilte Order ausweisen;
- 3) von Fuhrwerken und Thieren, deren mit Freikarten versehene öffentliche Beamte auf Dienststreifen innerhalb ihrer Geschäftsbezirke, oder Pfarrer bei Amtsverrichtungen innerhalb ihrer Parochie sich bedienen;
- 4) von ordinairn Posten, einschließlich der Schnell-, Kariol- und Reitposten, nebst Beiwagen; imgleichen von öffentlichen Kourieren und Estafetten und von allen, von Postbeförderungen leer zurückkehrenden Wagen und Pferden;
- 5) von Fuhrwerken und Thieren, mittelst deren Transporte für unmittelbare Rechnung des Staates geschehen, auf Vorzeigung von Freipässen; von Vorspannfuhren auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch die Bescheinigung der Ortsbehörde, imgleichen von Lieferungs-fuhren, ebenfalls auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch den Fuhrbefehl ausweisen;
- 6) von Feuerlöschungs-, Kreis- und Gemeine-Hülfsfuhren; von Armen- und Arrestantenfuhren;
- 7) a. bei allen Hebestellen von Fuhren mit thierischem Dünger (Stalldünger, Mist);
b. bei den Hebestellen in der Gemeine- oder Gutsfeldmark und bei den Hebestellen in der Feldmark, wo die bewirthschafteten Grundstücke oder Weiden liegen, von Wirthschaftsvieh und von Bestellungs- und Aerndte-fuhren, einschließlich der Fuhren mit Asche, Gyps, Kalk u. s. w. zur Düngung;
c. bei den Hebestellen in der Gemeine- oder Gutsfeldmark von Fuhren mit Baumaterialien zum eigenen Bedarf und mit Brennmaterialien zum eigenen Heizungs- und gewöhnlichen landwirthschaftlichen Bedarf, einschließlich desjenigen für die mit der Landwirthschaft verbundenen Brau-

Brau- und Brennereien, insofern diese Bau- und Brennmaterialien-
Fuhren mit eigenem Gespann, oder durch Frohndienste verrichtet werden;

- 8) von Kirchen- und Leichenfuhren innerhalb der Parochie;
- 9) von Fuhrwerken, die Chaussee-Baumaterialien anfahren, sofern nicht durch den Minister der Finanzen und des Handels Ausnahmen angeordnet werden.

Zusätzliche Vorschriften.

- 1) Die Einrichtung der Chausseegeld-Hebestellen, so wie die Bestimmung ^{I. in Betreff der Erhebung.} des, als Hebestrecke einer jeden, zu betrachtenden Theiles der Chaussee und des hiernach jeder Stelle beizulegenden Hebesatzes liegt dem Finanz-Ministerium ob.

Dasselbe kann örtliche Verhältnisse nach Befinden durch Ermäßigung des Hebesatzes für einen bestimmten Verkehr, oder durch Gestattung von Abonnements berücksichtigen, und hat zur Verhinderung von Mißbräuchen in Betreff der gestatteten Erleichterungen, oder der angeordneten Befreiungen die erforderlichen Maaßregeln vorzuschreiben.

- 2) Jeder muß bei den Hebestellen anhalten, auch wenn er nicht verpflichtet ist, Chausseegeld zu entrichten.

Nur hinsichtlich der Postillone, welche Preussische Postfuhrwerke, oder Postpferde führen, findet, wenn sie zuvor in das Horn stoßen, eine Ausnahme statt.

- 3) Das Chausseegeld ist bei Berührung der Hebestelle für die ganze, ihr zugewiesene Hebestrecke zu erlegen. — Zu der, für den Betrag maaßgebenden Bespannung eines Fuhrwerks werden sowohl die, zur Zeit der Berührung der Hebestelle angespannten, als auch alle diejenigen Thiere gerechnet, welche, ohne augenscheinlich eine andere Bestimmung zu haben, bei dem Fuhrwerke befindlich sind.

Ist die Chaussee vor Berührung der Hebestelle mit stärkerer Bespannung befahren, als mit welcher die Hebestelle passirt werden soll, so muß das Chausseegeld für die von dem Führer des Fuhrwerks dem Erheber (Chausseegeldpächter) anzuzeigende Gesamtzahl der gebrauchten Zugthiere gezahlt werden.

- 4) Jeder hat eine Quittung über das von ihm bezahlte Chausseegeld (Chausseezettel) zu fordern, dieselbe den Zoll-, Steuer-, Polizei- oder Wege-

Aufsichts-Beamten auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen und bei Vermeidung nochmaliger Zahlung bei der nächsten, von ihm berührten Chaussee-Geldstelle abzugeben.

Die Fortsetzung der Fahrt bis zur nächsten Hebestelle darf jedoch in keinem Falle und selbst dann nicht gehindert werden, wenn sich eine Konvention (zu 5.) ergeben sollte.

5) Wer eine Chaussee-geld-Hebestelle umfährt, oder wider die Bestimmung zu 2. bei derselben nicht anhält, oder in dem zu 3. bezeichneten Falle die vor der berührten Hebestelle benutzte stärkere Besspannung nicht anzeigt, oder Thiere, welche zum Angespann eines Fuhrwerkes gehören, vor der Hebestelle davon trennt und als unangespannte angiebt, oder überhaupt es unternimmt, sich der Entrichtung des Chaussee-geldes auf irgend eine Art ganz oder theilweise zu entziehen, erlegt außer der vorenthaltenen Abgabe deren vierfachen Betrag, mindestens aber einen Thaler als Strafe.

6) Wer eigenmächtig einen Schlagbaum öffnet, zahlt drei Thaler; wer den Bestimmungen zu 4. zuwider den Chausseezettel nicht vorzeigt, zehn Silbergroschen bis einen Thaler als Strafe.

7) Jedermann muß den Posten auf den Stoß in das Horn ausweichen, bei Vermeidung einer Strafe von fünf bis funfzig Thalern.

8) Fuhrwerke, welche sich begegnen, müssen sich nach der rechten Seite hin halb ausweichen. Denjenigen, welche einen Berg, oder eine steile Anhöhe herunterfahren, muß jedoch von den Hinauffahrenden ganz ausgewichen werden.

Von zwei Fuhrwerken, die sich einholen, muß das vordere nach der linken Seite hin so weit ausbiegen, daß das nachfolgende zur rechten Seite mit halber Spur vorbeifahren kann.

9) Holz darf auf Chausseen nicht geschleppt, Pflüge, Eggen und ähnliche Gegenstände dürfen darauf nur auf Schleifen fortgeschafft werden.

10) Wer, um zu hemmen, das Umdrehen der Räder nicht bloß in seiner Schnelligkeit vermindern, sondern völlig hindern will, darf sich dazu auf Chausseen nur der Hemmschuhe mit ebener Unterfläche bedienen. Die Anwendung von Klappersstöcken, imgleichen das Anhängen und Schleifen schwerer Gegenstände am Hintertheile des Wagens ist verboten.

11) Die Fahrbahn darf nicht durch Anhalten, oder auf irgend eine andere Weise gesperrt oder verengt werden.

Weder

Weder auf der Jahrbahn, den Brücken, oder den Banquets, noch in den Seitengräben dürfen Gegenstände niedergelegt werden, oder liegen bleiben, welche nicht der Chaussee-Verwaltung angehören. Eben so wenig dürfen Scherben, Kehrlicht, Unkraut oder anderer Unrath hinauf-, oder hineingeworfen werden.

12) Niemand darf auf der Jahrbahn, den Brücken, den Banquets oder in den Seitengräben Vieh füttern oder anbinden, oder dasselbe auf den Banquets, Böschungen, oder in den Seitengräben laufen, oder weiden lassen, oder treiben. Es ist verboten, auf den Banquets, den Böschungen und in den Gräben zu fahren, oder zu reiten, oder auf den Böschungen, oder in den Gräben zu gehen.

13) Wo durch Warnungstafeln das schnelle Fahren, oder Reiten untersagt ist, darf nur im Schritt gefahren oder geritten werden.

14) Der Führer eines Fuhrwerks darf sich von demselben, wenn er anhält, nicht über fünf Schritte entfernen, ohne die Pferde abzusträngen. Auch während des Fahrens muß derselbe entweder stets auf dem Fuhrwerke das Leitseil in der Hand, oder auf einem der Zugthiere, oder in ihrer unmittelbaren Nähe bleiben und das Gespann fortwährend unter Aufsicht halten.

15) Beim Fahren dürfen niemals mehr als zwei Fuhrwerke an einander gebunden seyn.

16) Innerhalb zwei Fuß vom Grabenrande darf nicht geackert werden.

17) Wer den Vorschriften unter 8 bis 16 entgegenhandelt, hat außer dem Schadensersatz eine Strafe von zehn Silbergroschen bis fünf Thaler verwirkt.

18) Wer die Chaussee, die dazu gehörigen Gebäude, Brückendurchlässe, oder sonstigen Vorrichtungen, als Meilenzeiger, Wegweiser, Tafeln, Schlagbäume, Prellsteine und Pfähle, ingleichen wer die Pflanzungen oder Materialien beschädigt, oder die letzteren in Unordnung bringt, muß, in sofern er nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht eine härtere Strafe verwirkt hat, außer dem Schadensersatz eine Strafe von einem bis fünf Thaler erlegen.

19) Beschädigungen der Chausseebäume sind, wenn die allgemeinen Gesetze keine härtere Strafe bestimmen, vorbehaltlich des Schadensersatzes, mit einer Strafe von fünf Thalern für jeden durch Verschulden beschädigten Baum zu ahnden.

20) In Ansehung der Radfelgenbreite und der Belastung der Frachtfuhrwerke, des Verbots gewölbter, oder mit Kopfnägeln u. s. w. versehener Radbeschläge der zulässigen Breite der Ladung, der Länge der Hufeisenstollen und des Verbots des Spurhaltens bewendet es überall bei den Bestimmungen der Verordnung, den Verkehr auf den Kunststraßen betreffend, vom 17. März 1839. (Gesetzsammlung für 1839. Seite 80. ff.)

III. Im Allgemeinen.

21) Im Unvermögensfalle tritt verhältnißmäßiges Gefängniß an die Stelle der vorstehend zu 5 bis 20 angeordneten Geldstrafen.

22) Widersetzlichkeiten gegen Beamte, zu denen auch die Chausseegeldpächter zu zählen sind, werden nach den allgemeinen Gesetzen bestraft.

23) Unsichere oder ungekannte Uebertreter sind zur Haft zu bringen, und an die zuständigen Behörden abzuliefern.

Gegeben Berlin, den 29. Februar 1840.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Graf v. Alvensleben.